

Neues Kindergeldgesetz Belgier empört

Luxemburgs neues Gesetz über das Kindergeld und die Studienbeihilfen wird von der belgischen Senatorin Dominique Tilmans („Mouvement réformateur“, MR) kritisiert. Es widerspreche dem Geist des europäischen Gebäudes und solle auf EU-Ebene besprochen werden, heißt es.

Die luxemburgische Reform der Beihilfen sollte in der Europäischen Union diskutiert werden, heißt in einer Pressemitteilung des MR-Dominique Tilmans, MR-Senatorin, hat Belgien Ministerin für Beschäftigung, Joëlle Milquet, aufgefordert, die Problematik in der nächsten Sitzung der EU-Beschäftigungsminister vorzubringen.

Ab dem Schuljahr 2010/2011 bekommen Kinder, die älter als 18 Jahre sind, kein Kindergeld mehr, wenn sie die Sekundarschule verlassen haben und dann weiterstudieren wollen. Als Gegenleistung bekommen die Jugendlichen, die über dieses Alter hinaus studieren und in Luxemburg wohnen, mehr Studien-



Dominique Tilmans

Die Kinder von Grenzgängern verlieren nicht nur den Anspruch auf das Kindergeld, sondern auch den sogenannten Kinderbonus, der wie das Kindergeld bisher bis 27. Lebensjahr ausbezahlt wurde. Eine finanzielle Kompensation steht ihnen auch nicht zu.

Die Neuregelung ist in Belgien stark umstritten. Der Senatorin Dominique Tilmans zufolge werden dadurch zwei Kategorien von Beschäftigten entstehen, je nachdem, wo sie wohnen. Sie versteht, dass aufgrund der Krise einige Sparmaßnahmen beschlossen werden müssen. Die Zahl von Großherzogtum sei verpflichtet, für Kohärenz im Rahmen der europäischen Konstruktion zu sorgen.

Der soziale Bereich dürfe hierbei nicht vernachlässigt werden, fügte sie hinzu. **MnM**

Der „Groupement des magistrats“ (GM) kritisiert die Pläne für einen künftigen Justizrat „Unabhängigkeit der Justiz ist in Gefahr“

Claude Molinaro

Der „Groupement des magistrats“ (GM) sieht die Unabhängigkeit der Justiz hierzulande gefährdet, sollte der geplante Justizrat in der Form verwirklicht werden, wie es dem Ombudsmann und der Regierung vorschwebt. Seine Kritiken und Alternativvorschläge hat der GM jetzt in Buchform veröffentlicht.

Im Regierungsprogramm steht hierzu lapidar, dass die Regierung einen „Conseil national de la magistrature“ schaffen will, der die Unabhängigkeit des Justizapparats garantieren soll. Diese neue Instanz soll mehrheitlich mit Magistraten besetzt sein.

Die Richterschaft ist nicht prinzipiell gegen einen Justizrat; sie stört bei dem vorliegenden Vorschlag vor allem die geplante Zusammensetzung und der Aufgabenbereich der zu schaffenden Instanz.

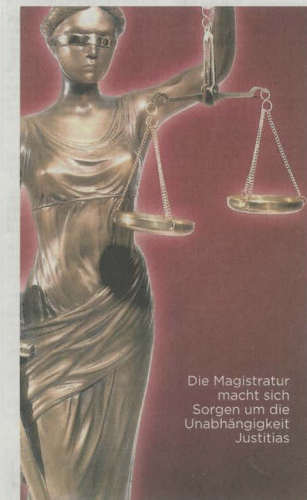
Die Idee eines obersten Justizrats stammt vom Ombudsmann Marc Fischbach und entstand im März 2006. Als Motivation für eine derartige Institution gab Fischbach die hohe Zahl von Klagen, die bei ihm gegen Richter eingereicht würden, an. Eine vom Justizminister eingesetzte Arbeitsgruppe nahm den Vorschlag in ihrem Bericht vom Januar 2007 auf.

Politisierung der Justiz

Die Magistraten sind nicht prinzipiell gegen eine solche Instanz, die verschiedene Mängel, die es effektiv in der Justiz gibt, beheben könnte. Die Kritik der Richter gilt vor allem zwei Punkten, durch die sie die Unabhängigkeit der Justiz bedroht sehen.

Der Ombudsmann schlägt vor, dass sich der Justizrat aus je fünf Mitgliedern aus den Reihen der Richterschaft und fünf von außerhalb der Judikative zusammensetzen soll. Für den GM ist dies völlig inakzeptabel, da diese Klausel die Tür öffnen würde für eine politische Einflussnahme auf die Justiz.

Der GM kritisiert in seinem



Die Magistratur macht sich Sorgen um die Unabhängigkeit Justizias

Foto: éditions promoculture

Werk auch sehr stark den Ombudsmann, der anscheinend nicht akzeptieren könnte, dass er keinen Einfluss auf die Richterschaft habe.

Die Richtervereinigung weist darauf hin, dass in den Ländern, die ein solchen „gemischten“ Justizrat eingeführt haben, gleichzeitig eine Einflussnahme der Politik auf die Justiz zu beobachten sei. Mehr noch: Neben dieser Einflussnahme mache sich dort auch der Einfluss der Justiz bemerkbar. Die Richter würden sich ihren politischen Ideen nach zusammenschließen.

Dieser Nebeneffekt könnte

zwar durch ein Wechsel der Machtverhältnisse ausbalanciert werden.

Da diese in Luxemburg jedoch eher rar seien, könne man davon ausgehen, dass sich auf lange Dauer die Richterschaft immer näher mit einer Partei verbänden würde. Ob nicht gerade dies vielleicht die Absicht des Projekts sei, fragt sich der GM.

Die Magistraten erinnern daran, dass die Unabhängigkeit der Justiz nicht ein Privileg der Richter sei, sondern das Recht eines jeden Bürgers in einem demokratischen Rechtsstaat.

Hinzu komme noch ein prakti-

sches Problem: Es sei schwierig, Mitglieder der außerhalb zu finden, welche die nötige Sachkenntnis besäßen. Sie würden dann nur als Kompensations dienen, während die anderen die Arbeit verrichteten. Der GM fragt sich weiter, ob der Justizrat, der zwar als unabhängiges Gremium dargestellt werde, nicht dem Minister dazu dienen soll, seine Schachfiguren zu platzieren, die zu jedem Moment den Lauf der Justiz beeinflussen könnten, unter dem Vorwand, Ordnung in das so oft kritisierte Justizwesen zu bringen.

Das zweite große Problem sieht der GM in den Kompetenzen, die dem Justizrat zugedacht sind. Unter anderem soll der Justizrat ein ausgedehntes Kontrollrecht erhalten: Er soll das Recht bekommen, alle Akten einzusehen, mit denen sich die Justiz befasst. Dieses Recht soll auch nicht mit dem Argument des Untersuchungsheimnisses verweigert werden können.

Darüber hinaus soll der Justizrat Klagen von Bürgern gegen Richter annehmen können. Dies könnte dazu missbraucht werden, die Arbeit der Richter zu behindern, denn jeder könnte dann, wenn er seinen Prozess verliert, dies dem zuständigen Richter anhaften und Klage gegen ihn führen.

Disziplinärverstöße und die entsprechenden Maßnahmen müssten daher ganz klar vom Gesetz geregelt sein. Um die Arbeit der Richter nicht zu behindern, bedürfte es außerdem einer Instanz, welche die Klagen filtert und nur die an den Justizrat weiterleite, die auch begründet seien.

Alles in allem lehnt der GM die Vorschläge der erwähnten Arbeitsgruppe ab. Nichts weniger als die Unabhängigkeit der Justiz stehe auf dem Spiel.

Les yeux bandés ... Le visage voilé? Réflexions sur l'institution d'un Conseil de la Justice

Groupement des magistrats luxembourgeois, Editions promoculture

Auszahlung von Umweltpremien

Bearbeitung dauert bis zu 15 Monate

Ja, es gibt in der Tat Verspätungen bei der Auszahlung staatlicher Prämien für Energiesparmaßnahmen und die Anwendung erneuerbarer Energien im Wohnbereich. Das gibt der delegierte Nachhaltigkeitsminister Marco Schank in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des DP-Abgeordneten André Bauler offen zu.

Allerdings müsse man die zeitlichen Verzögerungen differenziert betrachten. Während bei den Anträgen für technische Installationen die Fristen „geringfügig“ seien, würde für Altbauanierungen sowie für energetisch leistungsfähige Neubauten die durchschnittliche Bearbeitungsdauer, sprich die Dauer zwischen Einreichen des Antrags und Aus-



Foto: AFP/Photo: Pizzanetto

an Dossiers, denen sich die Umweltverwaltung seit 2008 gegenübersteht. Vor rund zwei Jahren lancierte der Staat Subventionsprogramme in den Bereichen Energiesparen und erneuerbare Energien sowohl für den Wohnbereich („Prime House“) als auch für energetisch sparsame Kühlgeräte („Prime Cool“) sowie für verbrauchsarme Personewagen („CAR-e“ und „CAR-e plus“).

Hinzu komme, dass von den Anträgen für Altbauanierungen und energetisch effiziente Neubauten ungefähr drei Viertel unvollständig eingereicht und dementsprechend nach einer ersten Prüfung zurück an den Absender geschickt werden müssten.

Um diesen Missständen und dem Mangel an qualifiziertem Personal auf dem Arbeitsmarkt

CAR-e

Prämien auch für Elektro-Motorräder?

In einer parlamentarischen Anfrage wollte der Abgeordnete Fernand Kartheiser (ADR) wissen, ob man für Elektro-, Hybrid- oder gasbetriebene Motorräder die gleichen Prämien in Anspruch nehmen könne wie beim Kauf eines Elektro-, Hybrid- und Gasautos.

Die Regierung sei sich sehr wohl der Bedeutung der Elektromobilität bewusst, antwortete ihm der zuständige Minister Marco Schank. Aus diesem Grund würde der nationale Aktionsplan für erneuerbare Energien, den die Regierung am 23. Juli dieses Jahres angenommen hat, auch eine ambitionierte Entwicklung der



Foto: Didier Snyvers/Flashback Agency

Die Regierung will die Elektromobilität weiter fördern

auch die CAR-e-Prämie in An-